

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.85 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.25 (inkl. Postgeb.). Preis der
Eingelieferung 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67377.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Bestand 20 Wg. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Wg.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67377.

Nr. 257.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 3. November 1931.

13. Jahrgang.

Die Vorsicht geht zu leicht, die Zuversicht zu leicht;
Vorsicht mit Zuversicht vereint, gelangt zum Zweck.

Rückert

Deutschland — Frankreich.

Von Dr. Kurt Freiherr von Versner, Potsdam.

Im „Heimkehrer“, der Zeitschrift der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener e. V., schreibt das Mitglied der deutschen Delegation bei den Versailler Verhandlungen:

Zwei Fragen stehen im Mittelpunkt unseres Erlebens und Denkens. Die Frage der Einstellung gegenüber Frankreich und die Frage, wie der Arbeitslosigkeit gesteuert werden kann. Wenden wir uns heute der ersten Frage zu.

Keine Schicht der Kriegsteilnehmer, vielleicht auch sonst keine Gruppe oder Bund in Deutschland, ist wohl mehr dazu berufen, als die ehemaligen Kriegsgefangenen, zu der Frage der Verständigung mit Frankreich Stellung zu nehmen. 400 000 Deutsche aus allen Berufen und allen Klassen haben Frankreich in den entscheidendsten Jahren der jehigen Geschichtsentwicklung in seinem Innersten kennengelernt. Deshalb müssen wir, zwar ohne diplomatische Vorbildung, aber aus unserem Empfinden und Erleben heraus zu diesen Dingen reden.

Selten hat unser Land die Macht und Denkungsart Frankreichs in dem Umfange gespürt, wie in den letzten zwei Monaten. Frankreich war stark in der Zeit der Friedensverhandlungen 1918/19, aber die anderen Mächte der Welt redeten mit Frankreichs Ruhm einfall war eine Handlung über die Köpfe seiner Alliierten hinweg, aber die öffentliche Meinung hat Frankreich aus dem Ruhmgebiet herausgetrieben. Jetzt ist Frankreich so weit, daß niemand in der Welt seinem Willen entgegenzutreten kann. Das hat es zuerst Österreich, dann uns, und jetzt England gezeigt. So erscheint vielen der französische Besuch in Berlin nicht als Höflichkeitsbesuch oder Versuch zu einer wirklichen Verständigung, sondern als Versuch des politischen Überlegenen, der den Unterlegenen aufsucht, um festzustellen, ob dieser endlich bereit ist, sich seinem Willen zu fügen.

Daß es dahin gekommen ist, ist unsere eigene Schuld. Unser Fehler — sagen wir es klar — liegt darin, daß wir in den letzten 12 Jahren in unserer Einstellung gegenüber Frankreich keine einheitliche Linie gegangen sind. Die eine Seite hat bei uns aus dem verlorenen Krieg den Schluß gezogen, daß wir uns aus politischen wie weltanschaulichen Gründen mit Frankreich verständigen und den jahrhundertelangen Streit endlich begraben müssen. Die andere Seite beruft sich gerade auf die Geschichte, sieht die ewige Feindschaft Frankreichs und weiß, was man von Frankreich als politischem Sieger zu erwarten hat. Zwischen beiden Seiten stehen die, die aus wirtschaftlichen und taktischen Gründen ein Einleiten und Pavieren für richtig halten.

Wir wollen es nicht wie die politischen Parteien machen, daß wir irgendeiner dieser Richtungen die gute Absicht oder die nationale Ehrenhaftigkeit absprechen; wir wollen uns hier mit den Idealisten, den Pflichtbewußten und den Besten aus diesen verschiedenen Lagern auseinandersehen und schweigend über die hinweggehen, deren Haltung von interessentemäßigem oder parteipolitischen Denken bestimmt wird.

Eine Erkenntnis ist für die Einstellung zur Frage der Verständigung Grundbedingung: Frankreichs maßlose Furcht vor Deutschland. Frankreich sah und sieht in Deutschland, das nicht nur zahlenmäßig, sondern auch seinem ganzen Aufbau und seinem Können nach stärkere Volk. Es fürchtet von diesem Volk, da es selbst als Volk abnimmt, erdrückt und überwältigt zu werden. So hat es vor dem Kriege wilder Verheerung geglaubt, so haben die Leute, als wir in Gefangenschaft kamen, uns als Barbaren betrachtet, haben uns „döches“ genannt und dementsprechend behandelt. An den Leistungen der Front, an der Tatsache, daß Frankreich die ganze Welt zusammenreiben mußte, um Deutschland niederzuwerfen und vielleicht auch an der Haltung und dem Können der 400 000 Deutschen, die in französischer Gefangenschaft waren, hat Frankreich seine Furcht als berechtigt gesehen. Aber neben die Furcht ist auch ein Stück Achtung vor solch einem Gegner und Nachbarn getreten. Der Deutsche wird in Frankreich jetzt anders als vor dem Kriege behandelt. Die Berührung von Volk zu Volk im Kampf wirkt sich aus und fängt an, jahrzehntelange Vergiftung zu mildern.

Dieser Entgiftung der Einstellung zwischen beiden Völkern wirken starke Kräfte in Frankreich entgegen. Die

französische Rechte, auf die sich im allgemeinen die Regierung stützt, und die französische Presse benutzen jede Gelegenheit, die öffentliche Meinung gegen Deutschland aufzuheizen. Daß hinter diesem Treiben wirtschaftliche Interessen verborgen sind, nämlich die Interessen des Comité des forges, d. h. der französischen Schwerindustrie, ist bekannt. Diese Kreise, die mehr kapitalistisch als national denken, verfolgen das eine Ziel, die Bodenschätze Deutschlands mit den französischen Erzen zu vereinigen. Dann ist ihre wirtschaftliche Vorherrschaft in Europa endgültig.

Diesen Bestrebungen steht der friedliche und verständigungswillige Teil des französischen Volkes meist machtlos gegenüber. Sein Einfluß ist immer nur vorübergehend. Seinem Verständigungswillen, soweit er ehrlich ist, versucht die französische Presse durch den Hinweis auf jede einheitliche Regierung und nationale Rundgebung in Deutschland entgegenzutreten. Mit dieser Brandmarke erreicht die französische Regierung durch ihre Presse aber gleichzeitig auch ein Zweites, viel Wichtigeres, nämlich, daß die Gegensätze der Anschauungen und Parteien bei uns immer weiter vertieft werden. So kommt es, daß jede Regierung nationaler Selbstbehauptung bei uns Gefahr läuft, in den Streit der Parteien gezogen zu werden. Wir aber in unserem unpolitischen Sinn merken nicht, wie die französische Regierung nahezu unmittelbar bei uns einwirkt. Wir werden in keiner lebenswichtigen Frage bei uns zu einem geschlossenen, erfolgreichen Handeln und zu einer wirklichen Außenpolitik kommen, so lange wir — das gilt für rechts wie links — nicht lernen, französische Beeinflussung zu sehen, abzulehnen und ihr nicht in die Hand zu spielen.

Wir ehemaligen Kriegsgefangenen haben in unserem Auftreten nach außen von Anfang an den Standpunkt eingenommen, daß es für uns außerhalb der Grenzen nur noch eine Front gibt und jeder für uns nur Deutscher ist. Da darf der Rechte nichts auf den Linken, und der Linke nichts auf den Rechten kommen lassen, da sind wir Volk. Oder glaubt jemand, daß es bei Franzosen oder Engländern möglich gewesen wäre, daß in einer internationalen Konferenz wie in Wien deutsche Vertreter die Beschimpfung andersdenkender Deutscher durch fremde Delegierte zugelassen hätten? Kein englischer Konservativer würde sich in Deutschland eine Verächtlichmachung der englischen Arbeiterpartei, und umgekehrt, gefallen lassen.

So ist das Ziel der französischen herrschenden Schicht klar: sie will mit allen Mitteln verhindern, daß sich die Ansichten der Rechten und die der Linken bei uns in diesen Fragen nähern, weil sie genau weiß, daß es, wenn wir uns auf einheitlicher Linie bewegen, nicht mehr gelingen wird, auf die Dauer den Verständigungswillen des französischen Volkes niederzuhalten.

Es ist unendlich schwer, sich über solche Berge von Mißverstehen, von althergebrachten Haß- und Furchtgefühlen, die Hand zu reichen. Und doch muß jede pflichtbewußte Regierung ohne Rücksicht auf gefühlsmäßige Hemmungen die Lage ihres Landes prüfen und die Bereitwilligkeit zur Verständigung zeigen, wenn sie ihrem Lande damit nutzen kann. Erfolg wird aber eine solche Politik nur haben, wenn die auseinanderstrebenden Ansichten im Volk wie in den leitenden Kreisen auf eine einheitliche Linie gebracht werden. So lange rechts und links hier gegeneinander kämpfen, ist alle Arbeit nach außen, einerlei nach welcher Richtung sie geht, vergebens. Wir müssen Frankreich gegenüber offen erklären, daß man ein arbeitames und tüchtiges Volk auf die Dauer nicht niederhalten kann. Wir müssen es wagen, Frankreich gegenüber in entscheidenden Dingen auch nein zu sagen. Dann befindet sich Frankreich. In dem Schwanken der deutschen Politik, die in den letzten 12 Jahren zuerst protestierte und nachher doch nachgab, sieht der Franzose ein Zeichen von Unaufrichtigkeit. Und der Franzose fürchtet nichts mehr als Falschheit und Verschlagenheit, weil er in diesen Eigenschaften seinen eigenen Hauptfehler fühlt.

Offenheit wirkt aber nur, wenn man sich aufreizender Phrasen enthält. Drohen hilft nichts, wenn man waffenlos ist. Und doch kann man auch waffenlos kämpfen. Man muß nur zäh und einig sein. Das alles ist uns in Monaten und Jahren in bitterer Zeit klar geworden. Aber wir müssen warnend zu dem allen das eine noch sagen und es unterstreichen:

Wir wissen, wie Frankreich die behandelt, die es unterdrückt. Wir kennen es aus französischen Kolonien, wir kennen es aus den französischen Gefangenenlagern. Wenn Deutschland in französische wirtschaftliche und politische Abhängigkeit gelangt, dann ist Deutschland verloren. Dann wird jeder getroffen, ob reich, ob arm, ob rechts, ob

links, dann wird trotz aller Versprechungen keiner bevorzugt, keiner geschont, kein Unterschied gemacht.

Eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland ist nicht unmöglich; sie zu erreichen, ist unendlich schwer. Keinem sollte sie unerwünscht sein, aber jeder muß wissen, daß Verständigung mit Frankreich nur dann zu wirklicher Verständigung wird, wenn bei uns vorher eine Einheitlichkeit der Ansichten erreicht wird. Die Klärung im Innern ist also die Voraussetzung für eine Verständigung nach außen. In dem heutigen Zustand schroffer Parteigegensätze droht aus Verständigung Unterdrückung zu werden.

Was geht in Thüringen vor?

In aller Stille sind in Thüringen Vorverhandlungen gepflogen worden, die die Errichtung einer neuen nationalen Regierung unter Einfluß der Deutschnationalen und Nationalsozialisten bezwecken. Die Führung bei diesen Verhandlungen hat der Stahlhelm übernommen, er hat sich zum Ziel gesetzt, die Parteien der „Nationalen Opposition“ zu einem und unter Proklamation eines allgemeinen Burgfriedens zum zweitenmal ein nationales Thüringen zu schaffen. Die Harburger Tagung der nationalen Verbände tat das ihrige, um das Thüringer Problem von neuem in den Vordergrund zu rücken. Die gegenwärtige Thüringer Regierung besteht bekanntlich seit dem Ausscheiden des Nationalsozialisten Dr. Frick nur noch aus zwei Ministern, die sich in die gesamte Regierungsarbeit geteilt haben. Allerdings stehen ihnen verschiedene Staatsräte zur Seite, denn die ehemaligen thüringischen Länder, die sich nach der Revolution zu Großthüringen zusammenschlossen, erhielten das Recht, einen eigenen Staatsrat in die Regierung zu entsenden. Die Besprechungen, die seither unter Führung des Stahlhelms stattfanden, lassen den Willen erkennen, das Mögliche zur Erreichung des Zieles anzubieten, ohne daß allerdings für das Gelingen des Experimentes im Augenblick die geringste Gewähr vorhanden wäre. Nachdem an alle nationalen Parteien nunmehr die schriftliche Aufforderung ergangen ist, ihre klare Stellungnahme zu den Stahlhelmsvorschlüssen zum Ausdruck zu bringen, wird die Lage nach irgendeiner Seite hin bald entschieden werden. Die Meldung, daß die Deutschnationalen den Plänen sofort gänzlich zustimmen dürften, ist von nicht zu großer Bedeutung, denn die Deutschnationalen sind in Thüringen die schwächste, bürgerliche Partei. Sie stellen nur 2 Abgeordnete von 56. Ausschlaggebend sind die übrigen Rechtsparteien. Und gerade da ist die Kluft, die bei dem Auseinanderfall der letzten nationalsozialistischen Regierung zwischen den Parteien gerissen wurde, noch nicht überbrückt, wenngleich die Behauptung, daß diese Kluft in den letzten Wochen nicht kleiner, sondern vielmehr noch größer geworden sei, übertrieben sein dürfte. Es besteht aber in bezug auf das Stärkeverhältnis der thüringischen Parteien vielfach eine irrige Auffassung. Man glaubt, daß in Thüringen ebenso wie in Sachsen, die nationalsozialistische Partei die stärkste Partei auf der politischen Rechten sei. Das ist nicht der Fall. In Sachsen überragen die Nationalsozialisten bei weitem alle bürgerlichen Parteien, aber in Thüringen marschiert der Landbund an erster Stelle, also die Partei, die in der augenblicklichen Regierung den größten Einfluß hat. Die Nationalsozialisten haben nur einen einzigen Abgeordneten mehr als jede der übrigen Rechtsparteien. Trotzdem hängt das Zustandekommen des neuen Experimentes in der Hauptsache von den Bedingungen der Nationalsozialisten ab. Der nationalsozialistische Gausführer von Thüringen hat seinen Standpunkt bereits in einer Versammlung in Weimar dargelegt. Danach wäre seine Partei wohl bereit, eine nationale Regierung ohne Rücksicht auf Vergangenes mitzubilden, aber der Stahlhelm dürfte nicht glauben, daß die Nationalsozialisten bedingungslos auf den Vorschlag eingingen; andererseits sei vor einer Wiedererrichtung der früheren Koalition der Landtag aufzulösen. Diese Stellungnahme beweist, falls sie zur offiziellen Auffassung der Partei werden sollte, wie verwickelt schon jetzt die Lage ist. So einfach, wie der Stahlhelm vielleicht geglaubt hat, liegen die Dinge nicht, denn in eine Landtagsauflösung wird auf keinen Fall die Gesamtheit der übrigen bürgerlichen Parteien einwilligen. Schon darum nicht, weil keine dieser Parteien, abgesehen vom Landbund, einen Gewinn aus solchen Wahlen erhoffen kann. Am wenigsten die Volkspartei, die bei dem Auseinanderfall der ersten nationalsozialistischen Regierung ausschlaggebend war. Ueberhaupt stände bei einer Neuwahl sehr viel auf dem Spiel. In Thüringen liegen die Verhältnisse so, daß die politische Linke, d. h. die Sozialdemokraten und Kommunisten, in

macht es sich zur Pflicht, für den „Aufwärts“ zu werben?

einem Wahlkampf die absolute Mehrheit erringen könnten, sodaß also gerade das Gegenteil von dem erreicht würde (eine nationale Regierung), was die Nationalsozialisten wollten. Doch selbst wenn diese Bedingung der Landtagsauflösung fallen gelassen wird, so bleiben noch genügend Schwierigkeiten bestehen, weshalb die Stahlhelm-Aktion im Augenblick nur geringste Aussichten auf Erfolg hat. Immerhin: die Ziele und die Möglichkeiten der neugeschaffenen Nationalen Opposition werden jetzt zum erstenmal deutlicher in Erscheinung treten. Daß gerade in Thüringen der erste Versuch unternommen wird, liegt in den relativ günstigen Verhältnissen dieses Landes begründet. Gelänge das Experiment, so würde man zweifellos auch bald in Sachsen versuchen, eine ähnliche Front zu schaffen, wenngleich hier die Schwierigkeiten noch größer sein dürften als in Thüringen.

Um das Schicksal Thüringens ist auch in Gera soeben auf einer Tagung der mitteldeutschen Föderalisten gerungen worden. Es wird den wenigsten bekannt sein, daß der Reichsbund der deutschen Föderalisten auch in Sachsen u. Thüringen Landesgruppen unterhält, von denen man allerdings seither nur wenig hörte. Nunmehr ist eine größere Propaganda beschlossen worden. In Gera drehte sich der Hauptkampf um die Frage der Loslösung Thüringens aus dem mitteldeutschen Verband und seine Zuschlagung zu Preußen. Mit großem Nachdruck wurden diese Pläne verworfen und eine derartige Vergrößerung Preußens als eine Gefahr für die Entwicklung des übrigen Deutschland bezeichnet. Nachdem der sächsische Referent die Neugliederung des Reiches in zwölf den Stammesgebieten entsprechende Länder gefordert hatte, kam der thüringische Referent auf das engere Verhältnis Thüringens zu Sachsen zu sprechen. Energisch bekämpfte er alle Pläne einer Verschmelzung dieser beiden Länder, nur schnellste Herbeiführung von Verwaltungsgemeinschaften hielt er für erforderlich. Thüringen sei voll auf Lebensfähig; die finanziellen Verhältnisse seien durch die Schuld des Reiches heute so schwierig, aber an sich stehe Thüringen mit seinem Staatsvermögen unter allen deutschen Ländern besonders günstig da.

Eine bemerkenswerte Neuerung hat das thüringische Staatsministerium in bezug auf die Diäten der Landtagsabgeordneten eingeführt. Bei der Zahlung dieser Diäten wird in Zukunft ein Unterschied gemacht zwischen Abgeordneten, die Beamte sind, und solchen, die noch neben ihren Diäten aus einer anderen Staatskasse bezahlt werden. Die Neuregelung wirkt so, daß von jetzt an nicht-beamtete Abgeordnete, die außerhalb Weimars wohnen, monatlich 330 Mark erhalten, solche, die in Weimar wohnen, 240 Mark, und Abgeordnete, die gleichzeitig Beamte sind und außerhalb Weimars wohnen, 240 Mark und die in Weimar wohnenden 150 Mark pro Monat. Diese Herabsetzung erinnert uns an eine noch weit strengere Maßnahme, die in Dresden für die Stadtverordneten und unbesoldeten Stadträte erlassen ist. Hier erhält jeder Stadtverordnete in Zukunft nur noch 60 Mark im Monat.

Dr. A.

Westdeutsche Arbeitskonferenz des Deutschen Evangelischen Volksbundes.

Der „Deutsche Evangelische Volksbund für öffentliche Mission des Christentums“ trat am 17. und 18. Oktober zu einer Arbeitstagung in Bad Deynhausen zusammen. Sie begann mit einer 1. Arbeitssitzung, zu der nur Mitglieder Zutritt hatten. Neben allerlei geschäftlichen Angelegenheiten nahm die Besprechung über das Verhältnis von Volksbund und Baugenossenschaft den größten Raum ein. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

„Die Prüfung der Beziehungen zwischen Volksbund und Baugenossenschaft hat nichts ergeben, was das Ansehen des Volksbundes und seiner Organe irgendwie moralisch belastet. Die Arbeitskonferenz spricht deshalb der Leitung des Gesamtbundes ihr uneingeschränktes Vertrauen aus. Gleichzeitig bittet sie, die bisherigen Bemühungen in der Wahrnehmung der Interessen der geschädigten Baugenossen weiterhin nach Kräften zu fördern.“

In der Stadtkirche fand dann am Abend eine Eröffnungsversammlung statt. Direktor Pastor Stuhmann sprach über das Hauptthema der gesamten Arbeitskonferenz: „Zwei Fronten — gottlos oder gottverbunden.“

Am Sonntag morgen wurden die Predigten an den beiden Gottesdienststätten in Bad Deynhausen, Stadtkirche und Wichernhaus, von Mitgliedern der Tagung gehalten. Direktor Stuhmann und Pfarrer Sporket (Brafen) hatten den Dienst übernommen.

Zur 2. Arbeitsgemeinschaft trat man nachmittags wieder im Kurhaus zusammen. „Unsere Zeittage und die Gemeinde“ lautete das Thema. Direktor Pastor Lindemann hielt das Referat. Eine lebhaftes Aussprache schloß sich an, an der sich Mitglieder der Arbeitstagung aus Barmen, Godesberg, Berlin, Hagen und Bad Deynhausen beteiligten. Auch hier wurde eine Entschlüsse einstimmig angenommen:

„Die zur 2. Arbeitsgemeinschaft der Westdeutschen Arbeitskonferenz des Deutschen Evangelischen Volksbundes im großen Kurhaus in Bad Deynhausen zahlreich versammelten Männer und Frauen bekennen sich erneut zu der ganzen vollen biblischen Botschaft von dem gekreuzigten, auferstandenen und erhöhten Herrn der Kirche. Sie sehen in der unter dieser Botschaft gesammelten Gemeinde Jesu Christi den einzigen festen Schutzwall

Krebs?

Ihrer die Wunden, unser die Narben;
Wir leben schwerer als jene starben.“
Freiherr von Münchhausen
an die Toten des Weltkrieges.

In einem Augenblicke, wo der begüterte Mann plötzlich zum armen werden kann und der Arme vor einem Nichts steht, liegt die Erforschung der heutigen Weltdepression im vitalsten Interesse des Einzelnen wie der Gesamtheit, denn nur richtige Diagnose kann die Wege zu richtiger Behandlung weisen.

Fast allgemein führt man die Weltkrise außer auf die im Weltkrieg verpulverten Milliarden, (deren Gegenwerte, die Kriegausgaben, den Angehörigen der Mittelmächte verloren sind) und die Folgen der Aufwertungsgeheißung auf drei Hauptgruppen von Ursachen zurück, nämlich die Friedensbedingungen, die Revolutionsfolgen und die Veränderungen des internationalen Wirtschaftsverkehrs in den Nachkriegsjahren.

Nun ist es zweifellos richtig, daß der Verlust großer Landgebiete, wie ihn namentlich Oesterreich und Ungarn, aber in begrenztem Maße auch Deutschland erlitten haben, die Zerreißung des Vertriebenen ohne jede Rücksicht auf die Erfordernisse der Wirtschaft, der Verlust der Handelsmarine und der Kolonien, der namentlich Deutschland getroffen hat, sowie die hohen Zahlungen und Leistungen aller Art, die allen Mittelmächten auferlegt worden sind, deren gesamte Wirtschaft revolutionieren müssen. Hierzu kommt der ständige außenpolitische Druck, der sich auch wirtschaftlich äußern muß, und der insbesondere jede, namentlich internationale, Wirtschaftspolitik auf weite Sicht von Haus aus lähmt.

Auch die aus der Revolution folgende Umschichtung des Einkommens mußte selbstverständlich das Wirtschaftsgebäude erschüttern. Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich von 1930 stellt fest, daß das Gesamteinkommen im Jahre 1929, sogar umgerechnet in die jeweilige Kaufkraft, nicht niedriger war als das im heutigen Reichsgebiete von 1913. Aber während damals die Landwirtschaft 7 bis 8 Milliarden Einkommen hatte und das Kapitalvermögen ebensoviel an Zinsen erbrachte, erbrachten diese beiden Gruppen im Jahre 1929 nur je 3 Milliarden; das Einkommen der freien Berufe sowie der Unternehmungen aus Handel und Gewerbe war damals 14 bis 15 Milliarden, 1929 nur etwa 12 Milliarden; das aus Vermietung und Verpachtung ist von 1 1/4 Milliarden auf 700 Millionen gesunken. Demgegenüber ist das Einkommen aus Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und Arbeitslosenrente, wobei noch nicht einmal die Arbeitnehmerbeiträge mitgezählt wurden, von damals 600 Millionen auf 2 1/2 Milliarden gestiegen und das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten von 29 auf 41 Milliarden, wobei noch nicht berücksichtigt ist, daß damals durchschnittlich 10 und heute 8 Stunden gearbeitet wird. Es liegt auf der Hand, daß diese Umschichtung die Produktionskosten außerordentlich erhöht und daher die Waren verteuert, also die Lebenshaltung in Deutschland beeinflussen und den Export erschweren muß.

Endlich ist es zweifellos von erheblicher Bedeutung, daß fast alle Staaten seit Kriegsende ihre Zollschränken mehr und mehr erhöht haben, vor allem aber, daß das Gold aus einem Zahlungsmittel zu einer Kampfwaffe geworden ist. Es ist leider kein Zweifel, wir leben noch mitten im Krieg, nur daß jetzt nicht mehr mit Granaten, sondern mit Gold geschossen wird.

Aber alle diese drei Momente, so bedeutsam sie an sich zweifellos sind, können ebenso wenig wie der vorausgegangene Weltkrieg die Weltkrise verursacht haben. Sonst müßte diese ja in allen Ländern verschieden sein, denn für die Siegerstaaten fallen die Belastungen sowohl durch die Friedensschlüsse wie durch die Revolutionsauswirkungen, für die neutralen und die nur nominell am Kriege Beteiligten, wie z. B. Brasilien, auch die Kriegsschäden und Kriegskosten weg. Die Krise erstreckt sich aber auch auf sie, und zwar sogar auf solche Länder, für die auch die Verschiebung des internationalen Wirtschaftsverkehrs und des Geldes, sowie die Zollschränken nichts bedeuten, ja, die sogar durch die Umstände begünstigt sind, wie z. B. die Vereinigten Staaten. Diese haben außerdem den immensen Vorteil, daß sie sich über ein riesiges Gebiet erstrecken, das alle Rohmaterialien und Fertigungsindustrien in sich schließt. Und doch machen gerade die Vereinigten Staaten eine Krise durch, wie sie an Länge und Schwere in ihrer ganzen Geschichte noch nicht dagesewesen ist. Man kann sogar feststellen, daß die Weltkrise nicht in den Mittelmächten, sondern gerade in Siegerstaaten und Neutralen ihren Anfang genommen hat; die ausländischen Rohstoffe, wie Metalle, Kaffee und Tee und dergleichen, sind zuerst gestürzt und mit ihnen die auswärtigen Produktionsstaaten, wie Brasilien, Chile usw.

Alle diese Tatsachen beweisen, daß die Ursache anderwärts und nach der Dauer und Tiefe der Krisis tiefer liegen muß. (Schluß folgt.)

Um die Arbeitslosenversicherung

Der Reichsstadtebund verlangt ihre Aufhebung.

— Berlin, 2. November.

Der Vorstand des Reichsstadtebundes hat sich dem Vorgehen des Landgemeindetages angeschlossen und auch seinerseits verlangt, daß eine vorübergehende Aufhebung der Arbeitslosen-Versicherung erfolge.

In unterrichteten Kreisen wird dazu erklärt, daß die Arbeitslosenversicherung durch die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung, bereits im wesentlichen ihres Versicherungscharakters entleert sei. Im Hinblick hierauf könne man auch den Rechtsanspruch auf Arbeitslosenversicherung völlig beseitigen und den Zustand wiederherstellen, der vor 1927 bestand. Damals gab es eine reine Erwerbslosen-Fürsorge, die in allen Fällen nur nach erfolgter Bedürftigkeitsprüfung in Gang kam. Es sei also nicht so, daß mit Aufhebung der Erwerbslosenversicherung die Unterstützung für wirklich bedürftige Erwerbslose beseitigt werden solle. Allerdings hoffe man, mit Beseitigung des Versicherungscharakters der Arbeitslosen-Fürsorge gewisse Mittel für andere dringende Finanzzwecke der öffentlichen Hand freizubekommen.

In Sachverständigenkreisen auch des Reichsarbeitsministeriums werden gegen diese Absichten ernste Bedenken geltend gemacht, weil durch die Aufhebung der Arbeitslosenversicherung vor allem diejenigen Arbeiter außerordentlich schwer geschädigt würden, die seit Bestehen des Beitragszwanges, also seit sieben bis acht Jahren, Beiträge geleistet hätten, und nun vielleicht zum ersten Male arbeitslos geworden, keinerlei Rechtsanspruch auf Unterstützung hätten. Weiter sagt man, daß die Ersparnisse aus dieser Umwandlung der Arbeitslosenversicherung nicht so groß sein würden, als daß sie die daran geknüpften Hoffnungen auf Entlastung der öffentlichen Finanzen erfüllen könnten.

Die Rektoren der spanischen Universitäten haben auf ihre Abgeordnetenmandate verzichtet. Durch Gesetz sollen nämlich die Abgeordnetenmandate als unvereinbar mit gewissen öffentlichen Ämtern erklärt werden.

gegen die immer stärker brandende Flut der bewußten Gottlosigkeit der Gegenwart. Sie rufen allen auf dem gleichen Ewigkeitsboden stehenden Christen die heilige Forderung ins Gewissen: Schließt fest die Reihen und macht breiter die Front Gottes in unserm Volke!“

Was die Arbeitskonferenz wollte, geht aus dem oben Gesagten deutlich hervor. Es war ein ernstes Ringen um unser Volk und um die Gemeinde. In den Versammlungen konnte man etwas spüren von der Kraft des Christusbotschaft an die Welt, dem Mute des Glaubens und der Verantwortlichkeit für unsere Zeit. Möge der Ruf des Volksbundes: „Tretet zusammen zur Kampferfront für Jesus Christus, die ihr ihn bekennet in allen Lagern“ ein reiches Echo finden!

Südamerika-Missionsfest.

Mit der Arbeitskonferenz des Deutschen Evangelischen Volksbundes in Bad Deynhausen war das Südamerika-Missionsfest des Südamerika-Missionsbundes in Bad Deynhausen verbunden. In der Stadtkirche hatte sich eine zahlreichere Gemeinde eingefunden. Bei der Festpredigt wies P. Wilm (Bethel) darauf hin, daß man in der Missionsgemeinde wohl gut Bescheid wisse über Afrika und Indien, aber nicht über Südamerika. Wer sich mit diesem Erdteil näher beschäftigen, vor dem erstünde er wie ein Riese. Das Völkergemisch Südamerikas warte auch auf die Botschaft des Evangeliums, auf die Liebe und die Fürbitte unserer Missionsgemeinde. Wenn wir da zuerst an unsere Volksgenossen in Südamerika gewiesen seien, so sei das ein Weg Gottes für den Missionsauftrag in Südamerika. Pastor Lindemann richtete an die ausreisenden Missionsmitglieder, Pfarrer Sporket, Frau und Tochter (die am 10. November von Hamburg nach Brasilien ausreisen), ein Abschiedswort seitens der Gemeinde, in dem er auch darauf hinwies, was für ein großes Arbeitsfeld in Südamerika noch warte für die Arbeit deutscher evangelischer Prägung. Pastor Sporket dankte der Gemeinde und bat um treues Gedenken und Fürbitte. Das Schlußwort sprach Pastor Stuhmann, der noch ein Lösungswort ausgab, treu zu sein und nicht zu ermüden im Dienste des Herrn. Der Posaunenchor von Bad Deynhausen und die Solofängerin Frau Pagenstecher hatten durch ihre Mitwirkung die Feier bereichert. — Der Südamerika-Missionsbund in Bad Deynhausen unterstützt die von ihm begründete Stadtmission in Rio de Janeiro, fer-

ner einige Volksmissionare in Südamerika, außerdem etwa 30 evangelische Lehrer und ihre Schulen; er hat außerdem einen umfangreichen Schriftenmissionsdienst nach Südamerika. Ihm wurde neulich geschrieben: „Der fernen Heimat möchte ich das Wort ans Herz legen: Liebe Brüder, betet für uns! Es gilt auch hier das Wort Joh. 15, 7, es gilt ja das Reich des Herrn zu bauen.“

Blaukreuz-Jahresfest in Freistadt.

Am Sonntag, dem 25. Oktober 1931, feierte der Blaukreuzverein in Freistadt sein Jahresfest, zu dem Herr Pastor Wilmanns aus Bethel als Festredner zugegen war. Am Vormittag hielt er eine eindrucksvolle Predigt, in der er besonders auf die Wirkungen und Schäden des Alkohols einging. Am Nachmittag fand sich ein großer Teil der Freistädter Gemeinde zu einer Nachfeier im Speisesaal von Freistadt zusammen. Der Feier lag der Vers des Psalms 13, 6: „Ich will dem Herrn singen, daß er so wohl an mir tut!“ zu grunde. Nach einer kurzen Begrüßung der Gäste sang der Blaukreuzchor das Lied: „Boll Hoffnung und Glaubensmut“. Nachdem als Rezeption das „Gleichnis vom Gärtner“ und das Musikstück „Ave Maria“ von Bach-Gounod gefolgt waren, wurde der erste Teil der Feier durch ein gemeinsam gesungenes Lied abgeschlossen.

Nach der Kaffeepause verlas Br. Wiegand den Jahresbericht. Es war erfreulich zu hören, daß die Mitgliederzahl des Blaukreuzvereins 104 Glieder zählt, während es im Vorjahre nur 76 waren. Durch enge Zusammenarbeit mit dem Verein in Diepholz und dem kürzlich gegründeten Verein in Sulingen kann der Verein einer weiteren blühenden und wachsenden Tätigkeit entgegensehen. Es folgte wiederum ein gemeinsames Lied, dem ein Grußwort folgte, das eines der ältesten Mitglieder des hiesigen Blaukreuzvereins sprach. Nun hielt Pastor Wilmanns die Festansprache. Er ging von der Gründung dieser segensreichen Bewegung aus und verglich dann die Blaukreuzler mit den Kreuzrittern, deren 3 Pflichten waren: Kampf, Samariterdienst und Geleite. Diese drei Pflichten liegen auch jedem Ritter des Blauen Kreuzes ob. Zum Abschluß des Festes sprach Herr Pastor Janßen als Leiter des hiesigen Vereins und nahm einige neue Mitglieder auf.

Der Stillhalteauschuß an der Arbeit.

Hinzuziehung von Spezialfachleuten. — Das Arbeitsprogramm.

— Berlin, 2. November.

Der neu gebildete Stillhalteauschuß des Wirtschaftsbeirats hielt in der Reichskanzlei seine erste Sitzung ab. Außer den vier Hauptdelegierten Dr. Pferdenges, Dr. Schmitt, Dr. Schmitz und Paul Silberberg hat der Reichskanzler noch einige Spezialfachleute berufen, nämlich Oscar Wassermann von der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Dr. Feidels, Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft, Direktor Bachem von der Arbeiterbank, Gustav Schlieper (DD-Bank), Franz von Mendelssohn, Präsident der Berliner Industrie- und Handelskammer, Samuel Ritscher, Vorstandsmitglied der Reichskreditgesellschaft, Rudolph Löb (Bankhaus Mendelssohn) und Otto Wolff-Köln. Ferner wohnten auch Reichsbankpräsident Dr. Luthar, Reichsfinanzminister Dietrich und der deutsche Botschafter in Paris, Dr. von Hoersch, der Sitzung bei.

Die Dringlichkeit dieser Stillhalteberatungen spiegelt sich deutlich in der heutigen Auslandspressen wider, die in erster Linie von dem Thema der kurzfristigen Schulden beherrscht wird. Das zeigt jedenfalls, wie notwendig es ist, einen wohlüberlegten Aktionsplan auszuarbeiten. Er wird im Prinzip darauf hinauslaufen müssen, daß die Kreditabzüge, die über die Stillhaltevereinbarungen hinausgehen, wirksam abgebrochen werden. Außerdem wird man die Möglichkeit einer rechtzeitigen Verlängerung der Stillhalteabkommen ins Auge fassen und überlegen müssen, ob nicht ein Teil dieser kurzfristigen Schulden in langfristige Anleihen umgewandelt werden kann. Darüber hinaus wird man auch die grundsätzlichen Fragen nicht übergehen, die die Basis des ganzen Kredit- und Stillhalteproblems bilden, wie sie ja im Layton-Bericht mit aller Eindringlichkeit behandelt worden sind.

Die Amtsvertreter-Wahlen in Mecklenburg-Schwerin.

Immer das selbe Bild: Weiterer Vormarsch der NSDAP. — Erfolge der SPD. — Zusammenbruch der Mitte. — Verluste der SPD.

— Schwerin, 1. November. Bei den bisher vorliegenden Ergebnissen der Amtsvertreterwahlen in Mecklenburg-Schwerin ist bemerkenswert, daß die Wahlbeteiligung, vermutlich infolge des dauernd regnerischen Wetters, sich nur auf 50 bis 75 v. H. belief. Besonders in den ländlichen Bezirken haben die Nationalsozialisten einen überraschenden Wahlerfolg zu verzeichnen. In manchen ländlichen Bezirken wurden nur nationalsozialistische Stimmen abgegeben, so daß die NSDAP. vielfach einen Zuwachs von 100 Prozent zu verzeichnen hat. Auch in den Städten kann man feststellen, daß die NSDAP. trotz der geringeren Wahlbeteiligung durchweg 25 v. H. gegen die letzten Reichstagswahlen gewonnen. Die kommunistische Partei hat gleichfalls geringe Erfolge zu verzeichnen. Die SPD. ist dagegen überall zurückgegangen. Einen starken Rückschlag haben die bürgerlichen Einheitslisten zu verzeichnen.

Blutige Zusammenstöße

bei den Mecklenburger Wahlen. — Bisher zwei Tote.

— Schwerin, 1. November. Bei den Amtsvertreterwahlen in Mecklenburg-Schwerin am Sonntag kam es zu schweren Zusammenstößen. Als sich ein Trupp Nationalsozialisten in der Nacht auf Sonntag von einer Geburtstagsfeier nach Hause begab, wurden sie unterwegs von drei Kommunisten verfolgt. Es kam in einem dunklen Torweg zu einem Handgemachte. Ein Nationalsozialist namens Gädke wurde von zwei Kommunisten niedergeschlagen. Es gelang ihm, seinen Revolver zu ziehen, doch schoß er sich dabei zunächst selbst ins Bein. Die beiden anderen Schüsse, die er abgab, trafen die beiden Kommunisten. Der eine erlitt einen Bauchschuß, so daß er auf dem Transport in das Rostocker Krankenhaus starb. Der andere Kommunist wurde durch den Schuß sofort tödlich verletzt. Gädke mußte gleichfalls in das Rostocker Krankenhaus überführt werden.

In Bad Sülze kam es zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten aus der pommerschen Nachbarstadt Tribsees. Es gab mehrere Verletzte. In Ribnitz wurde ein Nationalsozialist von einem politischen Gegner niedergestochen.

4,5 Prozent Lohnsenkung.

Der neue Schiedsspruch für die Gemeindegemeinderäte.

Die zweitägigen Schlichtungsverhandlungen über die Neuordnung der Gemeindegemeinderäte führten in den ersten Morgenstunden des Sonntags im Reichsarbeitsministerium zu folgendem Schiedsspruch: „Sämtliche bezirklichen und örtlichen Lohnverträge und Lohnregelungen, die durch das Abkommen vom 22. August bzw. vom 31. Oktober 1931 außer Kraft gesetzt sind, treten mit Wirkung vom 1. November 1931 wieder in Kraft mit folgender Maßgabe:

Die am 31. Oktober 1931 bestehenden Stunden-, Wochen- und Monatslöhne ermäßigen sich um 4 1/2 Prozent.

Die Lohnschuttklauseln werden dahin abgeändert, daß ihre Bestimmung ab 1. November 1931 nur auf die am 1. November 1931 im Betrieb befindlichen Arbeiter angewendet werden, die 46 Stunden und weniger, ab 1. Januar 1932 44 Stunden und weniger arbeiten. Der Arbeitsverdienst darf jedoch in diesen Fällen nicht höher als der eines gleichgearteten Arbeiters bei längerer Wochenarbeitszeit und Bezahlung nach den gekürzten Lohnsätzen sein. Auf neu eingestellte Arbeiter finden die Lohnschuttklauseln keine Anwendung mehr.

Es geht nicht an, daß die Ausfuhr Deutschlands, die schließlich die Voraussetzung unserer Kreditkraft ist, dadurch geschmälert wird, daß eine Reihe von Staaten jetzt Sonderverträge handelspolitischer Art herauszuschlagen sucht. Der Ausschuß muß aber auch die Wege zeigen, auf denen diese Forderungen wirksam abzuwehren sind. Die Beratung dieser Dinge wird bis etwa Mitte der Woche dauern. Vorher können die anderen Ausschüsse schon deshalb nicht zusammengestellt werden, da dieselben Persönlichkeiten in verschiedenen Ausschüssen tätig sein müssen, so zum Beispiel der Reichsfinanzminister und der Reichsbankpräsident.

Laval will Brüning anrufen.

— Paris, 2. November.

In einer Havasmeldung heißt es, der für Dezember zu erwartenden Reparations- und Schuldenkonferenz würden noch vorbereitende Besprechungen der beteiligten Regierungen vorausgehen. Der französische Ministerpräsident Laval habe die Absicht, sich möglichst rasch mit den Regierungen der übrigen Mächte in Verbindung zu setzen, vor allem mit dem deutschen Reichskanzler. Laval werde vielleicht sehr bald nach seiner Ankunft in Paris den Reichskanzler telefonisch anrufen lassen, um ihm die ersten Mitteilungen über die Washingtoner Vereinbarungen und die Absichten der französischen Regierung zu machen.

Hoersch wieder in Paris.

— Berlin, 2. November.

Botschafter von Hoersch ist nach Paris zurückgekehrt für den kommenden Dienstag ist eine Unterredung zwischen ihm und dem heute von seiner Amerikareise zurückkehrenden Ministerpräsidenten Laval angelegt.

Diese neue Lohnregelung kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. März 1932 gekündigt werden.

Die Parteien haben sich bis zum 7. November gegenüber dem Schlichter über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu erklären.

Hilfsaktion für Junglehrer.

Ältere Lehrer und Lehrerinnen können unter erleichterten Bedingungen ausscheiden.

— Berlin, 2. November.

Das preussische Staatsministerium hat eine Ergänzung der Sparverordnung vorgenommen. Danach können Leiter und Lehrer an öffentlichen Schulen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, auf ihren Antrag in den Ruhestand versetzt werden, ohne daß es des Nachweises der dauernden Dienstunfähigkeit bedarf.

Die derart freiwillig in den Ruhestand tretenden Lehrer werden insofern günstiger behandelt, als sie bis zu dem Termin, zu dem sie die Altersgrenze erreicht hätten, statt 75 v. H. 80 v. H. ihres letzten Dienstverdienstes als Ruhegehalt erhalten, und alsdann, wenn sie die Höchstgrenze bei ihrem Ausscheiden noch nicht erreicht haben, ihre ruhegehaltfähige Dienstzeit trotzdem bis zum 65. Lebensjahr weiterläuft.

Die Beträge, die durch das freiwillige Ausscheiden dieser Lehrer erpart werden, also der Unterschied zwischen Gehalt und Ruhegehalt, werden unverzüglich zugunsten des Lehrernachwuchses zur Verfügung gestellt und im Volksschulwesen der Junglehrer-Hilfe zugeführt. Im höheren Schulwesen werden die Unterschiedsbeträge für die nicht in die Anwärterliste aufgenommenen Studienassessoren verwandt, für die bisher Fonds nicht zur Verfügung standen, und die infolge der notwendig gewordenen Einschränkungsmaßnahmen zum größten Teil ausscheiden mußten.

In der Verordnung ist ferner die seit Ablauf der Bestimmungen über den Personalabbau fehlende rechtliche Möglichkeit geschaffen worden, daß verheiratete Lehrerinnen auf ihren Antrag ausscheiden. Sie erhalten in diesem Falle für die Dauer von zwei Jahren nach ihrer Entlassung die Hälfte ihres letzten Dienstverdienstes. Die andere Hälfte des Dienstverdienstes wird gleichfalls den Schulanfängerinnen und Studienassessoren zugeführt.

Für neue Tilgungsbedingungen.

Vortrag Dr. von Siemens über Deutschlands Schuldenlast.

— New York, 2. November.

Auf einem Frühstück des Bond-Club, dem führende amerikanische Bankiers angehören, schilderte Dr.-Ing. Carl Friedrich von Siemens eingehend die Entwicklung, die zu der Krise in Deutschland geführt hat. Redner erklärte, in Amerika sei er der Ansicht begegnet, daß Deutschland seine Schuldverpflichtungen nicht erfüllen wolle. Demgegenüber könne er aber versichern, daß Deutschland nie daran gedacht habe, geliehenes Geld nicht zurückzahlen.

Die Lasten aber, die Deutschland von anderen Ländern und von sich selbst aufgeladen würden, überstiegen alle Kräfte.

Die dem Uebelstand sei auch das Anwachsen des Radikalismus zuzuschreiben. Deutschlands Fähigkeit, seinen Verpflichtungen nachzukommen, hänge vollständig von dem Vertrauen ab, das Deutschland von den anderen Mächten entgegengebracht werde. Von Siemens betonte, er bezweifle nicht, daß Deutschland im Laufe der Zeit alle Verpflichtungen erfüllen würde, wenn seine Gläubiger ihm beistehen würden, seine Schwierigkeiten zu überwinden.

Neue Bedingungen zur Rückzahlung der deutschen Schulden seien notwendig, die in einem annehmbaren Verhältnis zu Deutschlands Zahlungsfähigkeit stünden.

Die Ansprache wurde von den Bankiers, unter denen man Parker Gilbert, Paul Warburg und Clarence Dillon bemerkte, mit großem Beifall aufgenommen.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den neugewählten Präsidenten des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach.

Gefahren der Kurzkredite.

29 Milliarden Mark Auslandsschulden. — Stillhaltung im Vordergrund.

Der Wirtschaftsbeirat hat nunmehr sein Arbeitsprogramm insoweit abgeändert, als er die Klärung der Fragen der Preis-, Lohn- und Zinspolitik für einige Tage zurück- und die Prüfung der Stillhaltung in den Vordergrund gestellt hat. Diese Änderung ist gerechtfertigt. Die Prüfung der Stillhaltung ist in der Tat vordringlich, läuft doch das Baseler Abkommen über die Befassung der in Deutschland noch vorhandenen kurzfristigen Auslandsgelder am 7. Februar 1932 ab. Eine Stellungnahme Deutschlands zu diesem Fragenkomplex ist aber um so notwendiger, als man sich auch schon im Ausland um die Kurzkredite an die deutsche Wirtschaft Gedanken macht.

Einige unliebliche Überraschungen hat es allerdings bereits gegeben. So hat sich jetzt herausgestellt, daß der Gesamtbeitrag der kurzfristigen Privatkredite an Deutschland Ende Juli nicht acht Milliarden Mark betrug, wie es der Baseler Sachverständigenausschuß schätzte, sondern 12 Milliarden Mark, so daß also die kurzfristige Verschuldung noch um 500 Millionen Mark höher ist als die langfristige. Das ist denn doch eine sehr erhebliche Differenz! Aber selbst diese Summe scheint noch zu niedrig gegriffen zu sein, hört man doch heute als Gesamtbeitrag unserer Auslandsverschuldung die Summe von 29 Milliarden nennen. Aber auch noch in anderer Hinsicht hat das Baseler Abkommen enttäuscht. In der Hast, mit der die Sachverständigen ihre Arbeit verrichten mußten, ist es passiert, daß einige Lücken offengeblieben sind, durch die dann auch während der Stillhaltung noch Auslandsgelder aus Deutschland zurückgeflohen sind; zum Schaden unserer Volkswirtschaft.

Nun wird natürlich, da die Wirtschaftslage unverändert ernst und die Reparationsfrage noch nicht gelöst ist, Deutschland auch am 7. Februar die 12 Milliarden Mark, die zwar juristisch in der Form kurzfristiger Kredite unserer Wirtschaft gewährt, tatsächlich aber langfristig darin gearbeitet haben, nicht auf einen Schlag zurückzahlen können, weil ein derartiger Überlaß eben jeder Volkswirtschaft unmöglich ist. Es geht also nur um die Form, in der die Kredite weiter verlängert werden müssen. Dazu hat nun der belgische Finanzmann Francqui den Vorschlag gemacht, die Reichsbank oder die Reichsregierung sollten den ausländischen Gläubigern bzw. einem Bankinstitut Goldverfäufnisse in Höhe der deutschen kurzfristigen Verschuldung übergeben.

Auf den ersten Blick ist dieser Plan bestechend, aber wenn man näher zuseht, ergibt sich, daß ein Verhandeln auf dieser Grundlage für Deutschland voller Gefahren ist. Denn mit der Durchführung dieser Anregungen würde die Reichsbank eine Art hundertprozentige Garantie für alle Privatschulden leisten. — Einen Gegenvorschlag machte Geheimrat Schmitz in einer Denkschrift, wonach die Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel Goldbons in Höhe von fünf Milliarden Mark ausgeben soll, durch die dann ein erheblicher Teil der Kurzkredite in langfristige Anleihen verwandelt werden könnte.

Auf alle Fälle gilt es noch vor dem Beginn der Reparationskonferenz, die sich allmählich abzeichnet, Klarheit in der Frage der kurzfristigen Kredite zu schaffen, damit Deutschland nicht erneut in eine Situation gerät wie die, die sich im Mai, Juni und Juli herausbildete. Je stärker die Sicherungen auf dem Gebiete der Kurzkredite sind, um so ruhiger kann Deutschland den schweren Gang in die neue Reparationskonferenz tun. Aber nicht nur Deutschland, auch das Ausland hat allen Anlaß, eine befriedigende Regelung der kurzfristigen Verschuldung anzustreben. Was würde denn einem Mißerfolg der Stillhaltung auf dem Fuße folgen. Doch nichts anderes, als ein neuer Run auf Deutschland. Dabei aber würde sich erneut sehr bald zeigen, daß es unmöglich ist, riesige Milliardenbeträge, die man in langen Jahren nach Deutschland hineingepumpt hat, in wenigen Tagen wieder zurückzuziehen, ohne daß dabei Schwierigkeiten und Zusammenbrüche entstehen. Somit liegt es auch ganz im Interesse der Gläubiger, eine Einigung herbeizuführen.

Es soll nun ein endgültiger Zahlungsplan entstehen, aus dem man die jährlichen Zahlungsverpflichtungen Deutschlands erkennt. Man wird daraus ferner erleben, daß bereits die deutsche Auslandsverschuldung kommerzieller Art Deutschland so hohe Jahresbelastungen auferlegt, daß die Notwendigkeit einer entschiedenen Revision der politischen Youngschulden gar nicht eklärter erwiesen werden kann. Auch die Zinsenfrage muß bei dem Zahlungsplan geregelt werden. Zur Zeit zahlen wir überhöhte Zinsen, die der Lage gar nicht mehr entsprechen.

Wenn somit die Frage der Stillhaltung gegenwärtig im Vordergrund stehen muß, dann ergibt sich daraus auch, daß die mit dem Studium der Preis-, Zins- und Lohnfrage zu beauftragenden Unterkommissionen des Wirtschaftsbeirats nicht schon im Laufe dieser Woche ihre Berichte fertigstellen können. Die Dauer der Tagung des Wirtschaftsbeirats wird sich unter diesen Umständen zumindest bis Mitte November hinziehen.

Wieder Marknotierung in Paris.

Nach mehr als dreimonatiger Unterbrechung wurde an der Pariser Devisenbörse die Reichsmark zum erstenmal wieder offiziell notiert. Wie dazu aus Bankkreisen verlautet, ist in den letzten Tagen eine starke Nachfrage nach Reichsmark aufgetreten, die auf regelgemäßem Wege infolge der Ueberweisungsschwierigkeiten aus Deutschland nicht befriedigt werden konnte. In französischen Kreisen betrachtet man die Wiederaufnahme der Marknotierungen als einen Beweis dafür, daß die Reichsmark außerhalb jeder Gefahr ist.

Griechische Kundgebungen für Cyperns Anschlußkampf.

Gottesdienste in allen Kirchen Athens.

— Athen, 2. November. In allen Kirchen Athens fanden am Sonntag Bittgottesdienste für Cyperns Anschlußkampf statt. Die Abhaltung eines Requiem für die für die Freiheit Cyperns Gefallenen war für das Stadtgebiet Athen verboten worden. Infolgedessen versammelten sich Tausende in einer Vorstadt zu dem gleichen Zweck. Schließlich versuchte die Menge, in die Stadt selbst einzudringen. Dabei kam es verschiedentlich zu Zusammenstößen mit der Polizei.

In Saloniki und in zahlreichen anderen Städten Griechenlands fanden Sympathiekundgebungen für das Brudervolk statt.

Beginn der Rüstungspause.

Auch Deutschland stimmt zu.
— Genf, 2. November.

Am 1. November begann die Rüstungspause, die die September-Verabredung des Völkerbundes am 29. September beschlossen hat. Die Regierungen, die an der Abrüstungskonferenz teilnehmen werden, sind in Verfolg dieses Beschlusses vom Völkerbundsrat aufgefordert worden, vom 1. November 1931 ab

alle Maßnahmen zu unterlassen, die auf eine Vermehrung ihrer Rüstungen zielen,

ohne daß jedoch ein Präjudiz für die Entscheidungen der Konferenz geschaffen werden soll. Die Regierungen wurden erlucht, bis zum 1. November 1931 zu erklären, ob sie bereit seien, einen derartigen Rüstungsstillstand für die Dauer eines Jahres anzunehmen. Bis zum 31. Oktober abends haben fast alle Nationen der Rüstungspause zugestimmt, und zwar durchweg unter dem Vorbehalt, daß auch ihre Nachbarstaaten den Rüstungsstillstand annehmen.

Auch die deutsche Regierung hat zu dem Schlusstermin des 1. November, an dem die Antworten auf den Vorschlag eines Rüstungsstillstandes eingegangen sein müssen, in einem Schreiben an den Völkerbundsrat ihre Stellungnahme bekanntgegeben. Es ist anzunehmen, daß die Antwort der deutschen Regierung in zustimmendem Sinne ausgefallen ist, wenngleich in der Begründung die Einzigartigkeit der Lage in Rechnung gestellt sein dürfte, die gerade für Deutschland infolge der Zwangsbestimmungen des Versailler Vertrages in der Rüstungsfrage gegeben ist.

Die französische Regierung hat dem Völkerbundsrat mitgeteilt, daß sie bereit sei, sich dem Rüstungsstillstand anzuschließen, wenn er auch von den Frankreich benachbarten Ländern angenommen werde. Die Annahme der französischen Regierung werde sich im Rahmen des Wortlautes der Entschließung bewegen, die vom Völkerbund verabschiedet worden sei und unter den Bedingungen erfolgen, die in dem Bericht festgelegt sind, der diese Entschließung begleitete.

Benesch schreit nach Sicherheit.

Die Frage der Vertragsrevision.

Im Budgetauschuß des tschechischen Abgeordnetenhauses erwiderte der Außenminister Dr. Benesch auf die Frage, welchen Standpunkt die Tschechoslowakei in der Abrüstungsfrage vertreten werde, es müßte abgerufen und zugleich müßten Sicherheitsgarantien geschaffen werden. Die drei entscheidenden Faktoren der Abrüstungskonferenz seien: erstens, wie weit die sogenannte moralische Abrüstung durchgeführt sei; zweitens: das Verlangen der kleinen Staaten nach gewissen Garantien, und drittens: die tatsächlichen Verhältnisse. Auf dem Gebiet des Pazifismus, sagte Benesch, sei ein großer Fortschritt zu verzeichnen. Dafür könne es keinen besseren Beweis geben, als die fünfjährige Periode der deutsch-französischen Annäherungspolitik, die Periode der sogenannten Locarno-Politik.

Zu den Friedensverträgen und deren Revision erklärte der Minister, jeder Vertrag passe sich mit der Zeit der Situation an. Als Außenminister der Tschechoslowakei verteidigte er, Benesch, die Friedensverträge. In gewissen Fragen seien Kompromisse möglich, aber es gebe bestimmte wesentliche Fragen, in denen ein Kompromiß nicht möglich sei. In Zentraluropa könne nur dadurch Ordnung geschaffen werden, daß sich die Tschechoslowakei mit Ungarn und daß Ungarn sich mit seinen Nachbarn verständige.

Polen militarisiert die Eisenbahn.

Für den Fall der Kriegsgefahr.

Der Heeresauschuß des polnischen Sejm hat einen Beschlus gefaßt, wonach die Eisenbahn während einer Mobilmachung oder bei jeder anderen dem Staat drohenden Gefahr militarisiert werden kann. Der nationaldemokratische Redner wandte sich gegen dieses Gesetz, weil hierdurch dem Ministerrat nach eigenem Gutdünken die Möglichkeit gegeben werde, die Militarisierung der Eisenbahnen durch-

zuführen. Auch habe ein solcher Plan nichts mehr mit militärischen Dingen zu tun.

Das Gesetz wurde dann im Ausschuß mit den Stimmen des Regierungsbloks angenommen.

Goldverkauf der Bank von England.

15 Millionen Pfund an einem Tage.

— London, 2. November.

Die Bank von England hat einen Teil des Kredits, den sie zur Stützung der englischen Währung von Amerika und Frankreich erhalten hatte, am 1. November zurückgezahlt. Zu dem Zwecke hat sie den Verkauf von 15 Millionen Pfund Barren Gold durchgeführt. Dies ist die größte Goldmenge, die die Bank von England jemals an einem einzigen Tage abgegeben hat. Die englische Presse kommentiert die Angelegenheit nach wie vor in optimistischem Sinne. Ein konservatives Abendblatt geht sogar so weit, zu bedauern, daß die Bank nicht noch mehr Geld abgegeben hat, um den französisch-amerikanischen Kredit noch weiter zu verringern.

Spionageaffäre in Rehl.

Mehrere Verhaftungen.

— Rehl, 2. November.

Unter dem Verdacht der Spionage wurden hier der Schuhmacher Richard K u h m a u l und seine Ehefrau festgenommen. Die Verhaftung erfolgte, nachdem schon vor einiger Zeit eine Frau G r a h m a n n und ihr Sohn, der in Donauwechting bei der Reichsmehr steht, wegen des gleichen Verdachts verhaftet worden waren. Ein weiterer Teilnehmer, der Kaufmann K i r s c h m a n n, konnte nach Straßburg entkommen. Ob diese Angelegenheit mit dem Spionagefall des früheren Offenburger Polizeibeamten Karl G e r b e r zusammenhängt, der schon längere Zeit wegen Spionageverdachts zugunsten Frankreichs in Untersuchungshaft sitzt, war nicht in Erfahrung zu bringen, da die Untersuchungsbehörden über den ganzen Vorgang strengstes Stillschweigen bewahren.

Haussuchungen bei Kommunisten. In Würzburg wurden bei zahlreichen Angehörigen der KPD. und ihrer Hilfsorganisationen Haussuchungen vorgenommen, die ein umfangreiches Propaganda- und Organisationsmaterial sowie einige Schuß- und Stichwaffen zutage förderten.

An die Leser des „Aufwärts!“

Die zahlreichen Anfragen, die an uns gelangen, lassen sich am besten und sichersten durch den persönlichen Augenschein beantworten. Wir möchten darum diejenigen unserer Freunde, die sich gründlich unterrichten wollen, einladen, uns im Frühjahr einmal zu besuchen und wo möglich selbst bei Errichtung eines kleinen Lehnhauses mitzuhelfen. Um unsere Gäste beherbergen zu können, möchten wir schon bald in unmittelbarer Nähe unseres Heimatortes ein kleines Gästehaus aufrichten mit 2 größeren Unterkunftsräumen unten, 2 kleineren oben. Dieses Gästehaus soll zugleich als Mutterhaus dienen für eine Familie von Vater, Mutter und 6 Kindern.

Unsere Gäste würden sich auf solche Weise selbst überzeugen können, ob ihnen die Räume, die ihnen zunächst als Gastzimmer dienen, freundlich und ausreichend erscheinen für eine dauernde Familienwohnung. Das kleine Haus soll möglichst alle Vereinfachungen und Ersparnisse in sich vereinigen, die die Not der Zeit von uns fordert, ohne daß durch solche Vereinfachung und Ersparnis die Begehrlichkeit des Heims leidet. Die Barauslagen einschließlich der Kosten eines Stallgebäudes für Stühner, Kaninchen, Schwein und Ziege sind auf 1800 Mark veranschlagt, wobei natürlich die eigenen Leistungen der siedelnden Familie einschließlich ihrer Verwandten und Freunde nicht in Anrechnung gesetzt sind.

Die Zeichnungen für das Häuschen gehen ihrem Abschluß entgegen. Wir möchten im kommenden Monat

mit seiner Aufrihtung beginnen und zunächst von den verschiedenen Stellen, die uns um Hilfe angehen, einige Siedler einladen, damit sie durch Rat und Tat zusammen mit unseren Siedlungsschülern und -schülerinnen bei diesem ersten kleinen Mutterhaus mitwirken. Weitere Mitteilungen über dies Mutterhäuschen hoffen wir später zu bringen.

Auf die andern freundlichen Anfragen betreffs unserer Siedlungsschüler und Siedlungshelfer, denen das Heimathaus dienen soll, soll das nächste Mal gründlichere Antwort gegeben werden.

Es gingen weiterhin ein: 57 Gaben zu 1,— = 57,—; 8 zu 1,50 = 12,—; 83 zu 2,— = 166,—; 2 zu 2,50 = 5,—; 56 zu 3,— = 168,—; 2 zu 4,— = 8,—; 14 zu 5,— = 70,—; 1 zu 6,50; 10 zu 10,— = 100,—; 1 zu 14,—; 1 zu 15,—; 1 zu 16,—; 2 zu 20,— = 40,—; 1 zu 25,— RM., zusammen 702,50, insgesamt 3 175,79 RM., außerdem 10 dänische Kronen.

Es dankt für alle bisherige und hofft auf weitere Hilfe

Dünne, Kr. Herford, d. 29. 10. 31 G. v. Bodelschwingh.
Postfachkonto Hannover 48 273.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Montag 8 Uhr (nicht 8¼ Uhr) der Männerchor bei Herrn Berg, Salemweg.

— Frauenhilfe. Mittwoch, den 4. Nov. ¼ 4 Uhr im Affapheum.

— Das Missionsnähren findet 8 Tage später im großen Hofpiz statt.

— Die Nähstunden, in denen die Weihnachtsachen für den Vaterländischen Frauenverein hergestellt werden sollen, beginnen wieder am Montag, dem 2. November, um 3¼ Uhr. Es wird fortlaufend jeden Montag von 3¼ bis 5¼ Uhr genäht, bis die Stoffe vernäht sind. Diejenigen Hausfrauen, welche nicht abkommen können, werden gebeten, sich Arbeit zu holen, um sie daheim fertigzustellen. Vaterländischer Frauenverein. Ortsgruppe Bethel.

Film-Abend im Affapheum.

Am Mittwoch, den 4. November, kommt wieder ein Film zur Vorführung, und zwar der Film:

„Andreas Hofer und der Freiheitskampf des Tiroler Volkes.“

Nachmittags 2 Uhr für die Frauenhäuser, nachmittags 4½ Uhr für die Männerhäuser, abends 8 Uhr für die gesunde Gemeinde.

Unter der Losung für ein „Freies Vaterland“ kämpft Andreas Hofer, der große Nationalheld des Tiroler Volkes mit seinem Bauernheer gegen die Unterdrücker. Der Beschauer wird hineingeführt in sein Leben und Führen, in seine Liebe und Treue zu seinem Heimatlande. Er erlebt in großangelegten Einzelbildern die verschiedenen Aufstände, die Erstürmung der Brücke von Hall, die Kämpfe von Iselberg, die Uebernahme der Regierung in Innsbruck, die Einsetzung in der Hofkirche, aber auch die allmähliche Milderung der Tiroler Bauern, den Verfall der Widerstandskraft des Volkes, das „letzte Aufgebot“, die Flucht und den Verrat an dem Führer, sowie die Gefangennahme und Hofers letzten Gang nach Mantua.

Karten im Vorverkauf 60 und 30 Pfg. An der Abendkasse 70 und 40 Pfennig.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. G. Suttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Heidschnuckenlammfleisch

Postpaket ½ Braten, ½ Kochfleisch 8,50 Mk. einschl. Porto und Verpackung gibt ab die

Arbeiter - Kolonie, Freistadt, Kr. Sulingen (Prov. Hannover)

Totenfonntag

Ein vierseitiges Flugblatt zum Trost und Nachdenken für den Totensonntag, eine Handreichung für alle die, die an diesem Tage an schwere und ernste Stunden erinnert werden.

Das Blatt ist geschmückt mit Bildern von Rudolf Schärer, Bruno Wiener und anderen und ist zu beziehen durch den

Blätterverlag der Anstalt Bethel

Abteilung „Herz und Haus“, Bethel bei Bielefeld
Postfach: Hannover 7382

Das Stück kostet 2 Pfg. Von 100 St. an Ermäßigung. Probenummer kostenlos.

Anzeigen aus Bethel.

— Unser diesjähriger Obstverkauf findet am Freitag, dem 6. November, nachmittags 2 Uhr im Hofe von Ophir statt.
Ophir, Abteilung Gem.

Wer gibt einem kriegsbeschädigten Arbeiter zur Fertigstellung seines Wohnhauses, woran er die Maurerarbeiten in der Freizeit gemacht hat, eine

erste Hypothek

von RM 9000. Wert des Hauses mit 8 Zimmern und Grundstück RM 17000. Auskunft und Referenzen gibt

Emil Winterhoff, Priorei (Ennepe-Ruhr-Kreis)

Leichtlagentranke u. Erholungsbedürftige finden liebevolle Aufnahme bei zeitgem. Preise. Liegehallen am Walde, Zentralheizung usw.

Kurheim Frau Dr. Brandner, St. Blasien.

Eisen Metall-Betten Schlafzim. u. Holz-Stahlmtr. Kinder-, Polster, Chaisel, an jeden. Teil. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des Aufwärts.

Für Monat 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten*). Ich werde die Zeitung abholen*).

Name

Stand

Wohnort

Straße und Hausnummer

An das Postamt

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1,25 und 36 Pfg. Bestellschein. Nichtzutreffendes streichen.

Obstbäume, Beerensträucher

in besten Sorten

und sonstige Baumschulartikel

bietet an

die Gärtnerei der Anstalt Bethel

Preislisten gerne auf Wunsch.

Knoblauchzwiebelkraft

Ist ein hochwertiges Naturmittel und besitzt die Eigenschaft den erhöhten Blutdruck herabzusetzen, daher äußerst wirksam gegen Arterienverfälschung und Hämorrhoiden, gut gegen Magen- und Darmstörungen, Nieren-, Blasen-, Gallen- und Leberbeschwerden, Würmer, bei Zucker, Gicht, Rheumatismus und Asthma sehr zu empfehlen. Schon vor 3000 Jahren gebrauchten die orient. Völker den Knoblauchkraft gegen viele Krankheiten und sollte dieses hochwertige Naturmittel deshalb in keiner Familie fehlen. Preis pro Flasche für ca. 4 Wochen reichend RM 3,50. Bei geschlossener Bestellung von 5 Flaschen, liefere ich die 6. Flasche gratis franco Nachnahme.

Otto Radak, Bad Dribnhausen 4.

Haus Dennoch, Dabos-Dorf, Schweiz

von Kreuznacher Diafonisten seit 26 Jahren geführt, kann Lungenerkrankungen weiblichen Geschlechts auf das wirksamste empfohlen werden. Ermäßigte Preise. Ausführlichen Prospekt versendet

Direktion der Diafonie-Anstalten, Bad Kreuznach.